Nummer 95

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 70. Jahrgang. Donnerstag, 26. Februar 1925

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten, Der deutsche Beamte, sowie „Welt und Wissen", tägliche Unterhaltungsbeilage mit Roman

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung

Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen

Verantwortl. Leiter Handelsteil: W. Sunk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: S. Köppen, Berlin-Friedenau; Inseratenteil: H. Mengzewski, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Gesellschaft m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 0,90 Rmk., Stellungsuchende 0,40 Rmk., Reklamezeile 4,50 Rmk. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal, Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im 1. Quartal 1925 für Amerika 9 Dollar, Frankreich 175 französische Francs, Belgien 200 belgische Francs, Schweiz 50 schweizerische Francs, Holland 22,50 holländische Gulden, Dänemark 50 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 60 norwegische Kronen, England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 300 tschechische Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 26 Pesos, Serbien 925 Dinar; für den Monat Februar 1925 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,50 Rmk., Litauen 20 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26442

Der Nachfolger Richters:

Der Demokrat Friedensburg.

WTB **Berlin, 25. Februar.**

Landrat Dr. Friedensburg in Rosenberg (Ostpr.) soll, wie wir hören, kommissarisch mit der Leitung des Berliner Polizeipräsidiums betraut werden. Der bisherige stellvertretende Polizeipräsident soll einen anderen wichtigen Polizeipräsidentenposten erhalten.

*

Die kommissarische Betrauung Dr. Friedensburgs mit der Leitung des Berliner Polizeipräsidiums ist dahin zu deuten, daß der bisherige Landrat des Kreises Rosenberg in der Tat der präsumptive Nachfolger Richters ist und daß eine Aenderung in dieser Angelegenheit nicht mehr zu erwarten ist. Dr. Friedensburg, der früher Bergassessor war und in Berlin noch keine amtliche Stellung innegehabt hat, ist politisch stark hervorgetreten, und zwar hatte er bei den letzten Reichstagswahlen an führender Stelle auf der Liste der Deutschen demokratischen Partei kandidiert. Ueber die persönlichen Qualitäten Dr. Friedensburgs und darüber, in welchem Umfange er sich als Verwaltungsbeamter für den hohen Posten des Berliner Polizeipräsidenten eignet, ist uns nichts bekannt. Wichtiger ist nach unserer Auffassung auch die politische Seite der Angelegenheit.

Als der arg kompromittierte sozialdemokratische Polizeipräsident Herr Richter am 16. Februar plötzlich in den einstweiligen Ruhestand versetzt wurde, hatten wir sofort der Meinung Ausdruck gegeben, daß es sich hier nicht um einen Akt schneller und gerechter Justiz handle, sondern um den geschickt verschleierten Versuch, den Posten so rasch als möglich frei zu machen für einen neuen Polizeipräsidenten, der abermals der Vertrauensmann der Linksparteien wäre. Wir hatten darauf hingewiesen, daß die Tage des Regimes Severing in Preußen voraussichtlich gezählt seien und daß es der Severing-Partei und ihren Mitläufern bei den Demokraten und dem Zentrum darauf ankomme, die voraussichtlich nur noch kurze Spanne ihrer Herrschaft in Preußen dazu auszunutzen, um den so eminent wichtigen Posten des Berliner Polizeipräsidenten mit einem ihrer Freunde zu besetzen. Dieser unserer Auffassung wurde unmittelbar darauf von amtlicher preußischer Seite ein Dementi entgegengesetzt, indem erklärt wurde, daß kein Anlaß zu solchen Befürchtungen vorliege, da nur das preußische Kabinett über die Besetzung des Postens Beschluß fassen könne und die Kabinettsfrage ja noch nicht geklärt sei. Trotzdem hat sich unsere Befürchtung in vollem Umfange verwirklicht. Die Kabinettsfrage ist nicht nur noch immer ungelöst, sondern die Regierungen Braun und Severing-Marx sind auf parlamentarischem Wege zum Rücktritt gezwungen. Dennoch schieben die Parteien, die hinter diesen beiden kurzlebigen Regierungsversuchen stehen, schleunigst einen ihnen genehmen Mann in das Berliner Polizeipräsidium. Der Posten des Berliner Polizeipräsidenten ist seit der Revolution nicht mehr vom rein verwaltungstechnischen Standpunkte aus zu bewerten. Seine Besetzung war immer politischer Natur und war geeignet, gewissermaßen als das Symbol der politischen Lage zu gelten. Zuerst residierte Herr Eichhorn, der Kommunist, am Alexanderplatz — der Vertrauensmann der äußersten Umsturzelemente. Ihm folgten die Sozialdemokraten Ernst und Richter als die Vertrauensleute derjenigen Parteien, die es sich zum Ziel gemacht haben, die Errungenschaften jenes Umsturzes zu konservieren. Daraus erhellt, von wie großer politischer Bedeutung die Neubesetzung dieses Postens ist. Die Linksparteien haben denn auch diese Bedeutung in vollem Umfange erfaßt und mit einer Brutalität, die im krassen Widerspruch zu ihren parlamentarisch-demokratischen Grundsätzen steht, von ihrer, staatsrechtlich noch dazu sehr anfechtbaren, jetzigen Macht Gebrauch gemacht. Es ist allgemein bekannt, daß die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse im preußischen Landtage zum mindesten dahin geklärt sind, daß das Linksregime keine Mehrheit hinter sich hat. Trotzdem wagen es diese Kreise, den Berliner Polizeipräsidenten-Posten heute schleunigst neu zu besetzen. Sie ahnen die Wahlen in Braunschweig und Thüringen geben genug Grund zu dieser Ahnung, daß bei etwaigen Neuwahlen in Preußen der Wille des Volkes sich stürmisch gegen die „Errungenschaften der Revolution", wie sie im Fall Richter so charakteristisch zum Ausdruck gekommen sind, sich aussprechen würde. Deshalb geben die Revolutionsparteien die Parole aus: Retten, was zu retten ist! Es gibt keinen parlamentarischen Ausdruck, der scharf genug wäre, um diese Methode zu brandmarken.

Dr. J.

England unterwirft sich Frankreich.

Keine Festsetzung der Frist für die Räumung Kölns.

Das Ergebnis des französisch-englischen Meinungsaustausches.

TU **Paris, 25. Februar.**

Wie in diplomatischen Pariser Kreisen verlautet, liegt seit heute abend das erste greifbare Ergebnis des französisch-englischen Meinungsaustausches vor. Frankreich hat sich auf die britischen Vorstellungen hin damit einverstanden erklärt, daß auf der Abrüstungskonferenz lediglich der Kontrollbericht und die Frage der Räumung Kölns verhandelt wird. Die englische Regierung hat dafür ihre Forderung auf Festsetzung der Frist für die Räumung der Kölner Zone zurückgezogen. Die Sicherungs- und Garantiefrage wird einer besonderen Konferenz unter Beteiligung Deutschlands vorbehalten. Wie der „Temps" aus Brüssel erfährt, wird England vermutlich unmittelbar nach Beendigung der Abrüstungskonferenz, die voraussichtlich Ende März in Brüssel zusammentritt, Frankreich und Belgien zu einer Aussprache über die Sicherungs- und Garantiefrage einladen.

Chamberlains ausweichende Antworten.

Keine Veröffentlichung des Kontrollberichts?

London, 25. Februar.

Im Unterhaus fragte Major Sir Archibald Sinclair, ob in der Frage der französischen Sicherheit der französischen Regierung irgendwelche Zusicherungen gegeben worden seien, durch die die Handlungsfreiheit der britischen Regierung im Hinblick auf die Räumung der Kölner Zone eingeschränkt wurde. Chamberlain verneinte dies.

Im weiteren Verlauf der Unterhaussitzung richtete Thomson an den Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten die Frage, ob er bereit sei, mitzuteilen, was der Grund für die

Verzögerung der Veröffentlichung des Berichtes

der Interalliierten Militärkontrollkommission sei. Chamberlain antwortete, die Frage beruhe auf einem Mißverständnis. (?) In Wirklichkeit läge keinerlei Verzögerung hinsichtlich des Berichtes vor, der sehr umfangreich sei, und der bei dem interalliierten Militärkomitee in Versailles, an das er gerichtet sei, erst am 18. Februar eingegangen sei. Dieses Komitee habe die Pflicht, den Bericht zu prüfen und seine Bemerkungen der Botschafterkonferenz zu übermitteln, die an die alliierten Regierungen berichten werde. Die Frage der Veröffentlichung müsse von den Alliierten in Verhandlungen entschieden werden.

Ich wünschte, meinte Chamberlain, jetzt keine Ansicht zu äußern,

und nur zu sagen, daß ich erkennen kann, daß das Ziel der Alliierten darin bestehen muß, eine Erfüllung derjenigen Bestimmungen des Versailler Vertrages zu erlangen, von denen dieser Vertrag ausdrücklich die Ermäßigung der Besetzung seit der Kölner Zone abhängig macht. Wenn dem so ist, so würde es scheinen, daß eine geeignete oder überhaupt irgendwelche Veröffentlichung davon abhängig sein muß, ob die Veröffentlichung der Erfüllung der Wünsche der Alliierten und ihren direkten Forderungen und daher auch der Räumung der Kölner Zone eine Erleichterung gewähren würde. — Wedgwood Benn fragte darauf, ob es im Hinblick darauf, daß zu wiederholten Malen offentlich erklärt worden sei, daß Deutschland seine vertraglichen Verpflichtungen nicht erfüllt habe, nicht wünschenswert sei, daß die Einzelheiten der Vorwürfe veröffentlicht würden. Chamberlain antwortete, er habe eine sorgfältig erwogene Erklärung abgegeben und halte es im gegenwärtigen Augenblick nicht für geeignet, auf die Angelegenheit zurückzukommen.

Die Saarfrage im Unterhaus.

Aenderung der staatlichen Zugehörigkeit des Präsidenten der Regierungskommission.

London, 25. Februar.

Im Unterhause fragte Sinclair, ob der britische Vertreter im Völkerbundsrat Weisung erhalten werde, dafür einzutreten, daß der Vorsitzende der Regierungskommission des Saargebietes, der bei der nächsten Tagung des Rates ernannt werden solle, der Sprache der Einwohner des Saargebietes, d. h. der deutschen Sprache mächtig sein solle, und ob die britische Regierung sich für berechtigt halte, eine Aenderung der staatlichen Zugehörigkeit des Präsidenten anzuregen. Chamberlain verwies auf die Antwort vom 18. Februar, zu der er nichts hinzuzufügen habe. Sinclair fragte sodann, ob Chamberlain nicht anerkenne, daß die

Unparteilichkeit der Saarregierung darunter leiden

müsse, wenn ein Wechsel in der Nationalität des Präsidenten nicht eintrete. Chamberlain sagte: Nein. (!) Er fügte hinzu, man müsse ihn nicht so verstehen, als ob er die Ansichten des Fragestellers teile. — Wedgwood Benn fragte als dann, ob Chamberlain darüber Auskunft geben wolle, welche Weisungen er dem britischen Vertreter in der Angelegenheit der Wahl des Vorsitzenden der Regierungskommission zu erteilen beabsichtige. Hierauf erfolgte keine Antwort. — Auf die Anfrage, ob der Staatssekretär des Äußeren beabsichtige, in der nächsten Sitzung des Völkerbundsrates Abänderungen zum Genfer Protokoll vorzuschlagen, erwiderte Chamberlain, die Prüfung des Protokolls durch die Regierung sei noch nicht beendet, deshalb sei es auch nicht wünschenswert, jetzt darüber eine Erklärung abzugeben.

Die katholische Bauernschaft gegen die Zentrumspolitik.

TU **Münster, 25. Februar**

Der am Dienstag in Hamm vollzählig versammelte landwirtschaftliche Beirat der westfälischen Zentrumspartei nahm nach Ausführungen des Abg. v. Papen über seine politische Auffassung zur preußischen Regierungskrise eine Entschließung an, in der er die Haltung der Abg. v. Papen und Lüners billigt und ihnen sein Vertrauen ausspricht. Er mißbilligt den Ausschluß der beiden Abgeordneten aus der Fraktion und ersucht sie, ihre Mandate beizubehalten. An die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages richtet er das Ersuchen, ihren Beschluß zu revidieren.

Die niederrheinischen Landwirte für Papen-Lüners.

TU **Krefeld, 25. Februar.**

In einer Vorstandssitzung des Bezirksverbandes linker Niederrhein des Rheinischen Bauernvereins wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der festgestellt wird, daß die Zentrumspartei die Versprechungen, die sie der Landwirtschaft vor der letzten Wahl gemacht hat, nicht gehalten, sondern sogar die Abgeordneten, die sich nach dem Willen der bäuerlichen Wählerschaft verhalten haben, aus der Fraktion ausgeschlossen habe und sie zwingen wolle, ihr Mandat niederzulegen. Gegen diesen Zwang werde nachdrücklichst Verwahrung eingelegt und den Abgeordneten, die den Grundsätzen ihres Berufsstandes treu geblieben seien, volles Vertrauen ausgesprochen. Die Abgeordneten werden dringend ersucht, ihr Mandat im bisherigen Sinne weiter auszuüben. Das Verhalten der anderen Abgeordneten werde von den landwirtschaftlichen Wählern mißbilligt, da da sie das von der Landwirtschaft in sie gesetzte Vertrauen nicht gerechtfertigt hätten. Dem Vorsitzenden des Rheinischen Bauernvereins, Baron v. Loe, wird für seine mannhafte Vertretung der bäuerlichen Auffassung in dieser Frage volle Anerkennung ausgesprochen.

Gleiche Auffassung auch bei den westfälischen Bauern.

TU **Minden, 25. Februar.**

In einer stark besuchten Generalversammlung des Landbundes für Westfalen-Nord führte Direktor Junger u. A. etwa folgendes aus: Die westfälische Landwirtschaft, wenigstens soweit sie im westfälischen Landbund organisiert ist, hat keinerlei Verständnis dafür, daß landwirtschaftliche Vertreter, die ihre Wahl in der Hauptsache den Stimmen des Landbundes verdanken und sich daher auch als Sachwalter des Landbundes zu betrachten haben, ihre Stimme nicht auch zur Beseitigung des landwirtschaftsfeindlichen sozialdemokratischen Systems Braun in die Wagschale werfen. Alle diejenigen, die bewußt oder unbewußt, unmittelbar oder mittelbar, offen oder versteckt einem solchen Treibem Vorschub leisten, machen sich daran mitschuldig und schädigen die deutsche Landwirtschaft. Die Sozialdemokratie ist der schlimmste Feind der Landwirte. Darum muß ein scharfer Trennungsstrich gegenüber den Kreisen gezogen werden, die auch heute noch ohne Not mit dieser Partei einen Pakt schließen oder einen solchen ermöglichen. Es wurde dann eine Entschließung einstimmig angenommen, in der Forderungen zur Besetzung der Kreditnot, Bekämpfung der Steuerlisten und zur Beseitigung der Preiskrise aufgestellt sind.

Erhebung der Anklage gegen Ellarz.

Die Untersuchung abgeschlossen.

TU **Wien, 25. Februar.**

In der heutigen Sitzung des Finanzausschusses erklärte Bundeskanzler Dr. Ramek, daß die Untersuchung gegen Leo Ellarz und die anderen in der Wöllersdorfer Angelegenheit Beschuldigten abgeschlossen sei, und daß die Anklage unmittelbar erhoben werden wird.

Hinter der Krisis.

Von

August Winnig.

Bei dieser Krisis in Preußen ist zur Zeit noch jeder Ausgang möglich. Sie ist eine Art Nervenprobe. Nach dem zweiten Treffen, das, wie das erste, mit der Niederlage der Weimarschen endete, haben wir zunächst wieder den Stellungskrieg. Auch im politisch-parlamentarischen Kampfe stellt diese Kampfesform die härtesten Anforderungen an ihre Leute. Am 4. März werden wir sehen, ob man irgendwo mürbe geworden ist.

Seine schwachen Punkte hat man hüben wie drüben. Stößt die Weimarer Koalition im Zentrum auf Bedenken und Widerstände, so weiß man auf der anderen Seite, daß Rechte und Kommunisten zusammen wohl eine Regierung stürzen, aber keine aufstellen können, und auch solcher Einsicht müssen denn auch Bedenklichkeiten aufwachsen. Einstweilen geht der Kampf um das Zentrum. Noch hat die Opposition ihr Ziel nicht zur Auflösung und Neuwahl erweitert — was taktisch möglich wäre. Vielmehr hofft die Rechte noch, dem Zentrum im Kleinkrieg so viel Kräfte abzuringen, daß es seine heutige Stellung verläßt. Gegen diesen Kleinkrieg und in der Krisis überhaupt kann das Zentrum seine Kräfte im Reich zur Hilfe heranziehen. Es ist fraglich, ob es diesen großen Schritt wagen wird, ob es ihn wagen darf. Aber vielleicht bleibt ihm aus Gründen, die in ihm selber zu suchen sind, nichts anderes übrig.

Ganz gewiß hat die Zentrumspartei die Problematik ihres Daseins noch niemals so stark empfunden wie heute. Die Widersprüche, die heute ihre Haltung beirren, hängen mit der Arbeiterfrage zusammen, so wenig das sonst auch offenbar werden mag. Als die sozialistische Arbeiterbewegung begann, in den frühen Jahren, in der Zeit, in der sich die christlich-katholischen Arbeiterkreisen Reflexwirkungen hervorzurufen, da begann zugleich diese Problematik der Zentrumspartei. Wer diesen Vorgängen, die sich seit etwa zwanzig Jahren abspielen, innerlich nahe stand und sie aus solcher Nähe verfolgte, wird in ihrer Behandlung durch die Zentrumspartei eine selten hohe politische Kunst bewundert haben. In einer sonst dem Materialismus zugewandten Zeit war es dem Zentrum möglich, sehr auseinandergehende und zum Teil gegensätzliche materielle Interessen in ihrer politischen Auswirkung zu verbinden. Eine innere Gemeinsamkeit siegte über einen äußeren Gegensatz. Aber diese Aufgabe wurde mit der Zeit nicht leichter, sondern schwerer. Nicht nur wurde die christliche Arbeiterbewegung größer, sondern sie saß sich allmählich zu einer anderen als feindseligen Berührung mit der sozialistischen Arbeiterbewegung genötigt. Von ihrem Ursprung an trat die christliche Arbeiterbewegung zur sozialistischen in eine gewisse Konkurrenz. Das lag in ihrem Zwecke begründet. War diese Konkurrenz zuerst nur feindlicher Art, so führte sie aber mit der Zeit zu gelegentlichen Verbindungen. Es galt gemeinsam Lohnansprüche zu vertreten. Bei deren Begründung ergaben sich gedankliche Berührungen. Die trennenden Unterschiede traten zurück, wenn auch nur zeitweilig zunächst, man stand in einer Front. Schließlich standen die Arbeiter beider Richtungen ja auch in den Betrieben nebeneinander und teilten als Menschen wirtschaftliches Erleben und soziales Schicksal. Wie die sozialistische Arbeiterbewegung gerade in diesen Jahrzehnten allmählich zu reiner Interessenstrebung verkümmerte, was aus geschichtlichen Gründen unvermeidbar war, so trat auch in der christlichen Arbeiterbewegung der Interessenstandpunkt mehr und mehr in den Vordergrund; und wie sich dort unter dem Einflusse des Revisionismus eine Annäherung an die westlerisch-bürgerliche Staatstheorie vollzog, so begann auch hier eine gleichgerichtete Hinneigung. Es ist kein grundsätzlicher Unterschied in der Entwicklung dieser beiden Richtungen der Arbeiterbewegung, vielmehr eine grundsätzliche Uebereinstimmung.

Diese Entwicklung beeinflußte die Haltung der Zentrumspartei. Von der Kirche her wirkte der Gedanke der christlichen Charitas, der durch die Berührung mit der